

Hamburg

Schulbücher statt Computerspiele Ansichtssache

Von Reiner Lehberger (Vorsitzender des Landesschulbeirates)

Die Versorgung mit Schulbüchern an Hamburger wie insgesamt an deutschen Schulen ist desolat. In den letzten 15 Jahren hat sich der Staat aus der Finanzierung stetig zurückgezogen. So haben Schulen heute deutlich weniger als 50 Prozent der Mittel für den Schulbuchkauf als Anfang der 90er Jahre. Das Resultat: Durchschnittlich sind die im Gebrauch befindlichen Bücher 10 Jahre alt.

Veränderung tut daher dringend not, denn aktuelle Lehrbücher sind die Basis guten Unterrichts:

- Sie enthalten eine begründete Auswahl von Themen und Inhalten;
- Sie sind systematisch und strukturiert aufbereitet;
- Sie bieten methodische Varianten und regen zu selbständigem Arbeiten an;
- Sie sind motivierend aufbereitet.

So betrachtet wäre die Einführung neuer Lehrbücher ein wichtiger Beitrag zur Qualitätsverbesserung von Schule und Unterricht. Vor allem aber gehören Schulbücher in die Hand des Schülers, denn nur so ist eigenständiges Arbeiten, ist das Anbringen von Randnotizen und Unterstreichen von Kernaussagen, das Vorbereiten von Klassenarbeiten und das Wiederholen von Lernstoffen, zum Beispiel auch aus dem Vorjahr, gesichert.

Der zur Zeit vorliegende Vorschlag der Bildungsbehörde, das Prinzip der Lernmittelfreiheit aufzugeben und Schulbücher nur noch gegen Leihgebühr an Schülerinnen und Schüler weiterzugeben, um damit zusätzliche Mittel für die Neubeschaffung zu gewinnen, ist deshalb aus meiner Sicht der pädagogischen Problemlage nicht angemessen.

Auch wenn durch die Leihgebühren mehr Geld ins System kommt und damit neue Bücher eher angeschafft werden können, bleibt grundsätzlich das Dilemma, daß die Bücher nicht in der Hand der Schüler bleiben - der pädagogische Effekt ist begrenzt und dennoch werden Eltern finanziell belastet: So sind die Grenzen der Leihgebühr pro Klasse in der Grundschule mit 50 Euro, in der Sekundarstufe I mit 80 Euro und in der Sekundarstufe II mit 100 Euro festgelegt. Von Zahlungen befreit sind im wesentlichen der Kreis der Sozialhilfeempfänger sowie die Schülerschaft der Sonderschulen. Organisatorisch ist das Verfahren aufwendig: Eltern zahlen die Leihgebühr auf ein Schulkonto, die Schulsekretariate kontrollieren Geldeingänge und Befreiungsberechtigungen. Eventuelle Mahnverfahren sollen von der Behörde bearbeitet werden. Für die Lehrer ergibt sich die Aufgabe der Ausleihe, Rückgabe und Zustandskontrolle der Bücher.

Wenn der Staat sich in Zukunft in der Tat weiter aus der Schulbuchbezahlung zurückziehen will oder gar muß, so sollte man sich meines Erachtens eher an einem Modell wie dem in Rheinland-Pfalz orientieren.

Dort werden Eltern mit geringem Einkommen - d. h. nicht nur Sozialhilfeempfänger - beim Schulbesuch finanziell unterstützt. Die

Einkommengrenzen liegen bei einer Familie mit einem Kind bei 21 400 Euro, pro weiterem Kind erhöht sich die Grenze um jeweils etwas mehr als 3000 Euro. All diejenigen Eltern, die über ausreichendes Einkommen verfügen, kaufen die Bücher selbst. Für alle gilt: Die Bücher sind und bleiben im Besitz der Schülerinnen und Schüler. Nicht zuletzt entfallen bei diesem Modell auch die Lehrerarbeitszeit-intensive Ausleih- und Rückgabebürokratie sowie die Kosten für Lagerung und Erfassung der Leihbücher.

Zur finanziellen Belastung von Eltern gilt: In Deutschland werden pro Jahr für Computerspiele über eine Milliarde Euro ausgegeben, für Schulbücher - Staats- und Elterngaben zusammen - wenig mehr als 400 Millionen Euro. Hinzu kommt, daß Kinder und Jugendliche pro Jahr - vorsichtig geschätzt - 230 Euro für den Handygebrauch investieren. 120 Euro benötigte man hingegen im Durchschnitt pro Jahr für den Eigenerwerb von Schulbüchern. Für mich steht außer Frage, daß letzteres - pädagogisch gesehen - die sinnvollere Investition wäre.

erschienen am 19. Januar 2005 in Hamburg

◄ zurück